

Forderungen von den SOS-Kinderdörfern weltweit und Terre des Hommes zum sicheren Aufwachsen mit KI

KI ist längst Teil des Alltags von Kindern und Jugendlichen. Dabei liegen Chancen und Risiken der Anwendungen nah beieinander. Bisher tun Tech-Unternehmen wenig, um Risiken wie Mobbing, Verbreitung gefährlicher Trends oder emotionale Abhängigkeit von KI-Systemen zu minimieren. Es ist höchste Zeit zu handeln, um Kinder und Jugendliche besser zu schützen.

Deshalb haben wir, die Kinderrechtsorganisationen SOS-Kinderdörfer weltweit und Terre des Hommes, die Vorstudie „Sicher mit KI aufwachsen“ in Auftrag gegeben und dabei die Perspektiven junger Menschen sowie internationaler Expert:innen einbezogen. Auf Grundlage der Studienergebnisse und im Einklang mit dem Allgemeinen Kommentar Nr. 25 des UN-Ausschusses für die Rechte des Kindes zu Kinderrechten im digitalen Raum haben wir zentrale Forderungen ausgearbeitet, was geschehen sollte, damit Kinder und Jugendliche KI kritisch, sicher und selbstbestimmt nutzen können.

Die vier zentralen Handlungsfelder sind:

1.) Schutz durch Technik

Technologieunternehmen haben den größten Einfluss darauf, wie sicher Kinder und Jugendliche online unterwegs sind.

Wir fordern, dass Tech-Firmen:

- die Auswirkungen ihrer KI-Tools auf Kinder und Jugendliche überprüfen und entsprechende Schutzmaßnahmen wie Safety by Design ergreifen. Das beinhaltet unter anderem kinderrechtliche Folgenabschätzungen, altersgerechte Standardeinstellungen und strikte Minimierung der Datennutzung.
- wirksame Schutzmaßnahmen gegen Missbrauch implementieren und Altersangaben zuverlässig überprüfen. Dazu zählt ein gezieltes Vorgehen gegen KI-generierte sexualisierte Inhalte und Deepfakes von Kindern und Jugendlichen – durch technische Schutzvorkehrungen gegen die Erstellung solcher Inhalte und wirksame Melde- und Löschmechanismen.

- sich dazu verpflichten, manipulative und suchtfördernde Gestaltungsmuster nicht zu nutzen (z. B. endlose Nutzungsschleifen, variable Belohnungsmechanismen, gezielt vermenschlichte Interaktionen), die auf eine möglichst lange Verweildauer statt auf das Wohl der Nutzer:innen abzielen.
- KI-generierte Inhalte klar und verständlich kennzeichnen, damit Kinder und Jugendliche erkennen können, ob sie mit einer Maschine, mit KI-generierten Bildern/Videos oder mit echten Personen und Inhalten interagieren.
- aktiv mit Regulierungsbehörden (bspw. Datenschutzbeauftragte), der Zivilgesellschaft und Forschenden zusammenarbeiten.

2.) Schutz durch Wissen

Eltern und Pädagog:innen stehen vor der Herausforderung, Kinder und Jugendliche in einer Welt zu begleiten, die sich durch KI rasant verändert – und die auch für sie selbst neu ist. Hier spielen Universitäten, Bildungs- und Forschungseinrichtungen eine zentrale Rolle.

Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, entsprechende Studien und Projekte von Universitäten, Bildungs- und Forschungseinrichtungen ausreichend zu finanzieren, damit diese:

- auf Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse praxisorientierte Leitlinien erarbeiten, die Kinder und Jugendliche sowie ihre Eltern oder Bezugspersonen und pädagogisches Personal beim verantwortungsvollen Umgang mit KI unterstützen.
- die langfristigen Auswirkungen von KI-Nutzung – insbesondere von Companion-Chatbots und personalisierten Empfehlungssystemen – auf die psychische und soziale Entwicklung von Kindern und Jugendlichen kontinuierlich und unabhängig erforschen und die Ergebnisse öffentlich zugänglich machen.
- altersgerechte Konzepte zur KI-Kompetenzvermittlung gezielt für Kinder und Jugendliche erarbeiten – und zwar nicht nur als Angebot für Eltern und Fachkräfte, sondern als eigenständige, leicht verständliche Bildungsinhalte für junge Menschen.
- Eltern, Pädagog:innen und weitere Betreuungspersonen durch gezielte KI-Kompetenzprogramme und Fortbildungsangebote stärken. Darüber hinaus sollte die Regierung einen dauerhaften Austausch zwischen

Regulierungsbehörden, zivilgesellschaftlichen Akteur:innen, Forschungseinrichtungen und der Industrie ermöglichen.

3.) Schutz durch Recht

Wir brauchen Gesetze, die die Rechte von Kindern und Jugendlichen schützen und für Tech-Unternehmen klare Vorgaben schaffen, damit diese ihrer Verantwortung gerecht werden.

Deshalb fordern wir von der Bundesregierung:

- die Durchsetzung bestehender Rechtsvorschriften sicherzustellen und Gesetzeslücken zu schließen. Dies sollte insbesondere durch verbindliche Regeln für Companion-Chatbots, eine verlässliche Altersverifikation statt bloßer Selbstauskunft sowie durch die konsequente Anwendung der Transparenzpflichten des EU-AI-Act gegenüber Minderjährigen geschehen.
- die Pflicht zu kinderrechtlichen Folgenabschätzungen für KI-Systeme gesetzlich zu verankern.
- unabhängige Aufsichtsbehörden mit wirksamen Prüf- und Sanktionsbefugnissen zu etablieren bzw. zu stärken. Diese Behörden sollen die Einhaltung der Vorgaben regelmäßig und öffentlich überprüfen; ohne echte Konsequenzen bleiben rechtliche Vorgaben wirkungslos.
- die Teilhabe von Kindern und Jugendlichen an politischen Entscheidungsprozessen rund um KI sicherzustellen.
- Kinder und Jugendliche als eigenständige KI-Nutzer:innen anzuerkennen.
- sich für international abgestimmte Mindeststandards einzusetzen und sicherzustellen, dass Schutzmaßnahmen nicht nur in einzelnen Märkten, sondern auch für Kinder im Globalen Süden gelten. Dort sind Aufsicht und Durchsetzung häufig weniger ausgeprägt.

4.) Schutz durch Beteiligung

Kinder und Jugendliche sind die Expert:innen ihrer eigenen Lebenswelt. Schutz allein reicht nicht: Junge Menschen müssen als Rechtsträger:innen ernst genommen und aktiv an der Gestaltung ihrer digitalen Zukunft beteiligt werden.

Wir fordern, dass Politik, Wissenschaft und Unternehmen gemeinsam:

- Kinder und Jugendliche systematisch und altersgerecht an der Entwicklung, Erprobung und Bewertung von KI-Systemen sowie an der KI-Regulierung beteiligen – etwa durch Jugendbeiräte, Konsultationen und partizipative Studienformate, wie sie bereits der Vorstudie zugrunde lagen.
- sicherstellen, dass die Perspektiven besonders vulnerabler Kinder – etwa in Betreuung, mit Behinderung oder auf der Flucht – in diesen Prozessen gesondert berücksichtigt werden.
- verständliche, altersgerechte Informationsformate zu KI-Systemen entwickeln und bereitstellen, damit junge Menschen ihre Rechte im digitalen Raum aktiv einfordern können.

Die vier Handlungsfelder greifen ineinander: Technische Schutzmaßnahmen ohne rechtliche Durchsetzung verpuffen, Aufklärung ohne sichere Produkte überfordert Familien, und Regulierung ohne die Stimmen junger Menschen geht an ihrer Realität vorbei. Kinder und Jugendliche wachsen nicht neben, sondern mit KI auf; deshalb müssen sie bei der Gestaltung ihrer digitalen Zukunft nicht nur geschützt, sondern auch gehört und beteiligt werden.

Kontakt

SOS-Kinderdörfer weltweit: Julian Merzbacher, Tel. 0151 25833208,
julian.merzbacher@sos-kd.org

Terre des Hommes: Esther Yungung Lisa Rüden, Tel. 0171-6729748,
e.rueden@tdh.de